

Versorgungssicherheit vor Menschenrechten?!

Die deutsche Rohstoffpolitik in einem globalen Kontext

Horst Köhler sagte in einem Interview mit dem Deutschlandradio am 22.5.2010, »dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege«. Seine Worte lösten eine große Debatte aus, und wenige Tage später trat er zurück.

Versorgungssicherheit

Um sich gemeinsam auf dem Weltmarkt für die Versorgungssicherheit bei Rohstoffen einzusetzen, gründeten im Jahr 2012 deutsche Großkonzerne wie Bayer, BASF, Bosch, Thyssen-Krupp, BMW und VW die RA Rohstoffallianz GmbH. Der Geschäftsführer der deutschen Rohstoffallianz, Dierk Paskert, forderte in einem Interview mit dem Handelsblatt (am 18.2.2013), dass die Bundesregierung gemeinsam mit der EU und der NATO »mehr Verantwortung in Außenwirtschafts- und Sicherheitsfragen übernehmen (muss). Das Ziel freier und transparenter Rohstoffmärkte muss uns zwar lenken, es wäre aber naiv, dies in naher Zukunft als gegeben anzunehmen.« Paskert ergänzte, dass es weiterer »sicherheitspolitischer und militärischer Instrumente« bedürfe, um diese freien Märkte durchzusetzen. Auch wenn diese Worte stark an die des ehemaligen Bundespräsidenten erinnerten, blieb eine kritische Debatte nahezu aus.

Idealtypisch lassen sich die hierzulande laufenden Debatten um Rohstoffe in drei verschiedene Diskurse gruppieren: Vorherrschend ist erstens der bereits erwähnte Versorgungssicherheits-Diskurs, der vor allem von ökonomischen Interessen geprägt ist. Dieser zielt auf eine Ausweitung des Rohstoffangebots und die kostengünstige Versorgung der Industrie mit den Stoffen, aus denen unsere Träume von Autos, Smartphones und Windrädern sind. Ein zweiter rohstoffpolitischer Effizienz-Diskurs sieht durchaus ein Problem im inländischen Ressourcenverbrauch, will die Abhängigkeiten von Importen verringern und schädliche ökologische (manchmal auch: soziale) Auswirkungen der Rohstoffgewinnung vermindern. Ein dritter entwicklungspolitischer Diskurs thematisiert die Folgen von Rohstoffexporten in Entwicklungsländern, die Verantwortung von Nordregierungen und Unternehmen beim weltweiten Rohstoffeinkauf. Die radikaleren Stimmen dieser

Debatte stellen ganz grundsätzlich das Rohstoffmodell des »Extraktivismus« in Frage.

Deutschlands Rohstoffpolitik 2013

Der Versorgungssicherheits-Diskurs wird spätestens seit 2004 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geprägt, seinen Mitgliedsunternehmen sowie wirtschaftsnahen Akteuren in Politik, Behörden und Wissenschaft. Die deutsche Industrie ist dermaßen besorgt um ihre Sicherheit, dass sie die Bundesregierung(en) gedrängt hat, eine Rohstoffstrategie zu entwickeln. Die schwarz-gelbe Regierung verabschiedete im Jahr 2010 eine Rohstoffstrategie, die die »Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung der Industrie mit mineralischen Rohstoffen« beinhaltet, da dies »von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaft Deutschlands« sei (BMW 2010, S. 6). Die Kernziele dieser Strategie umfassen den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen, die Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Diversifizierung ihrer Rohstoffbezugsquellen, den Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Ländern (bisher Mongolei, Kasachstan und Chile), die Fokussierung rohstoffbezogener Forschungsprogramme, die Herstellung von Transparenz und *Good Governance* bei der Rohstoffgewinnung und die Verzahnung nationaler Maßnahmen mit der europäischen Rohstoffpolitik.

Eine unterstützende Maßnahme war die Schaffung der Deutschen Rohstoffagentur (DeRa), die ihre erste

von Peter Fuchs und Michael Reckordt

Die Autoren arbeiten bei PowerShift in Berlin. Der Arbeitsschwerpunkt von Peter Fuchs sind internationale Handels- und Investitionsabkommen, der von Michael Reckordt liegt auf deutscher Rohstoffpolitik.

Philippinischer Protestmarsch in Dipido, Nord Luzon
Foto: Andy Whitmore



Publikation im September 2010 vorlegte: »Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland«. Diese technische Studie zeigt auf, wie die DeRa die Welt sieht, eingeteilt in rohstoffreiche und somit interessante und in rohstoffarme und somit uninteressante Länder. Für Asien gelten vor allem die Staaten China, Indien, Indonesien, Iran, die Philippinen, die Mongolei und Laos als interessante Rohstoffproduzenten, denen Vietnam, Malaysia und Thailand folgen.

Zum 1.1.2013 startete zudem das beim Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) angesiedelte Explorationsförderprogramm. Das ist ein Programm mit bedingt rückzahlbaren Darlehen für Unternehmen, die im Bereich der Exploration der von der EU identifizierten »kritischen Rohstoffe« (wie Kobalt und Seltene Erden) tätig werden wollen.

In allen Strategie- und Forschungspapieren spielen menschenrechtliche Ansätze und Standards eine untergeordnete Rolle. In dem Rohstoffstrategie-Papier aus dem Jahr 2010 unterstreicht die Bundesregierung zwar, »dass nachhaltige Ent-

wicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards nicht möglich ist«, bleibt aber vage bei den Konsequenzen und tritt nur »dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft unternehmerisches Handeln an international anerkannten Instrumenten und Initiativen wie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ausrichtet.« Die Bundesregierung setzt sich nicht für verbindliche Verpflichtungen der deutschen Unternehmen ein. Sie unterstützt auch nicht das in der UN-Erklärung über Rechte indigener Völker verankerte Recht, Abbauvorhaben mit einem Veto verhindern zu können. Während sie konkrete Ziele formuliert, um die Versorgungssicherheit für die deutsche Industrie zu garantieren, bleibt sie bei Verstößen gegen Menschenrechte vage: »Problematisch sind Rohstoffgewinnungsprojekte, die Umweltschäden verursachen, bei denen schlechte Arbeitsbedingungen herrschen und Menschenrechte missachtet werden. Rohstoffreichtum kann auch zu Korruption führen, mitunter werden damit bestehende Konflikte finanziert oder neue bewaffnete Konflikte ausgelöst.« Das klingt ähnlich konsequent wie »Rauchen kann tödlich sein«-Schilder auf Zigaretten-Packungen.

Elemente alternativer Rohstoffpolitik

Auf eine nennenswerte Beteiligung von NGOs und kritischer Öffentlichkeit in diesem Prozess wurde und wird seitens der Regierung und der Wirtschaft ebenfalls bewusst verzichtet. Detaillierte zivilgesellschaftliche »Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie« wurden 2010 öffentlich vorgestellt. Kernelemente zivilgesellschaftlicher Vorschläge sind die absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs in Deutschland und Europa, die verbindliche Regulierung von Unternehmen im Rohstoffgeschäft (Transparenz, sozial-ökologische Standards, Steuern, Partizipations- und Klagemöglichkeiten für Betroffene) und ein fairer Deal gegenüber den Lieferländern inklusive des Schutzes der Menschenrechte der lokalen Bevölkerungen.

Die Rohstoffpolitik Deutschlands bleibt unkämpft. Bislang dominieren harte Wirtschaftsinteressen, die auf sichere und billige Rohstoffimporte drängen. Damit soll unser Produktions- und Konsummodell weiter ungebremst befeuert werden. Kritische WissenschaftlerInnen nennen dies zu Recht eine »imperiale Lebensweise«. Vorschläge einer Alternativen Rohstoffpolitik liegen vor, müssen aber von der Zivilgesellschaft in Deutschland noch viel entschlossener und koordinierter vorgebracht werden. Einen Beitrag dazu soll die erste »Alternative Rohstoffwoche« vom 12.–19.10.2013 leisten.

KOREA *forum*

DAS MAGAZIN ZU
GESELLSCHAFT – POLITIK – KULTUR
DER BEIDEN KOREAS

Das Korea Forum ist eine der wenigen deutschsprachigen Publikationen, die sich mit der koreanischen Halbinsel beschäftigen. Es beleuchtet Politik, internationale Beziehungen und Gesellschaft; zudem werden neueste Bücher und Filme aus und über Korea besprochen. Schwerpunkte der aktuellen Doppel-Ausgabe sind Militarismus in Südkorea und nordkoreanische Kriegs- und Friedensperspektiven.

15 Euro für 115 Seiten
fundierter Analysen – jetzt bestellen unter:

Redaktion Korea Forum c/o Korea-Verband e.V.
Rostocker Str. 33
10553 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 39805984
Email: redaktion@koreaverband.de
www.koreaforum.koreaverband.de